

05.12.22

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Einrichtung eines klimaschutzorientierten Wohnheimprogramms für Studierende

Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen
Parlamentarische Staatssekretärin

Berlin, 16. November 2022

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Dr. Peter Tschentscher

Sehr geehrter Herr Prsident,

der Bundesrat hat in einer Entschließung vom 11. März 2022 die Bundesregierung zur Einrichtung eines klimaschutzorientierten Wohnheimprogramms für Studierende aufgefordert (BR-Drs. 775/21(B)). Dabei solle ein Rückgriff auf Artikel 91b Absatz 1 Satz 1 GG (Gemeinschaftsförderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre) geprüft werden.

Im Koalitionsvertrag haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vereinbart, ein Bund-Lnderprogramm für studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende aufzulegen. Damit wird zugleich einer wesentlichen Zielsetzung der Entschließung des Bundesrates entsprochen.

siehe Drucksache 775/21 (Beschluss)

Der Auftrag des Koalitionsvertrages soll im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus umgesetzt werden. Der vom Bundesrat angeregte Rückgriff auf Artikel 91b Absatz 1 Satz 1 GG ist hingegen nicht möglich, da die Vorschrift die bestehenden Zuständigkeiten bei Bauten der studentischen Fürsorge wie Wohnheimen unberührt lässt (BT-Drs. 18/2710, Seite 7).

Für das kommende Programmjahr ist vorgesehen, neben der Verwaltungsvereinbarung (VV) Sozialer Wohnungsbau 2023 eine gesonderte VV über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes für das studentische Wohnen und das Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus im Programmjahr 2023 (VV Junges Wohnen 2023) abzuschließen. Diese enthält - soweit erforderlich - Sonderregelungen für das junge Wohnen und verweist im Übrigen auf die VV Sozialer Wohnungsbau 2023. Die entsprechenden Entwürfe befinden sich gegenwärtig in der Abstimmung mit den Ländern.

Angesichts des erheblichen Mittelaufwuchses, der für die Finanzhilfen im sozialen Wohnungsbau vorgesehen ist (2023: 2,5 Mrd. Euro; 2024: 3 Mrd. Euro; 2025 und 2026: 3,5 Mrd. Euro), kommt es durch die VV Junges Wohnen 2023 nicht zu einer Schmälerung des Verpflichtungsrahmens.

Mit ausgezeichnete Hochachtung
Cansel Kiziltepe